

---

## FORUM: Gewerkschaften

---



### Norbert Blüm: Wandel als Lebenselixier

*Dr. Norbert Blüm, geb. 1935 in Rüsselsheim, nach einer Lehre als Werkzeugmacher bei Opel in Rüsselsheim Studium der Philosophie, Germanistik, Geschichte, Theologie und Soziologie in Köln und Bonn, war u.a. von 1972 bis 1981 MdB für Rheinland-Pfalz, von 1977 bis 1987 Bundesvorsitzender der CDA, von 1981 bis 2000 Stellv. Bundesvorsitzender der CDU, von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland.*

© Kabel 1  
„Was bin ich?“ - donnerstags um 20.15 Uhr bei Kabel 1.

---

Das Quellgebiet der Gewerkschaften ist das „Contra“. Doch je erfolgreicher die Gegenwehr war, umso mehr gerieten die Gewerkschaften in die Funktion eines Ordnungsfaktors. Halb zog's sie hin, halb zog's sie her. Mit Ideologie plus Energie ausgestattete Gewerkschaftsfreunde intervenieren seither immer wieder und bestehen auf der eindeutigen Entscheidung zwischen Gewerkschaften als Gegenmacht oder als Ordnungsfaktor: „Entweder - oder“.

Doch das ist leichter gesagt als getan. Der Rückzug von der Ordnungsfunktion der Gewerkschaften wäre auch eine Preisgabe eines schon besetzten Terrains. Sollen sich die Gewerkschaften etwa aus der Selbstverwaltung der Sozialversicherung zurückziehen, um - befreit von Entscheidungslasten - ungehemmt im Sozialstaat agieren zu können? Sollten sie gar ihre befestigten Rechtspositionen im kollektiven Arbeitsrecht aufgeben, um beispielsweise Tarifikämpfe ohne Friedenspflicht austragen zu können?

„Kampf *im* Lohnsystem“ oder „*gegen* das Lohnsystem“, das ist die traditionelle Alternative, mit der sich die Gewerkschaften seit 100 Jahren herumschlagen. Doch diese Wahl wirft die Gewerkschaften zurück auf die Entscheidung zwischen Grabenkampf oder Integration. Die Gewerkschaften entschieden sich gegen Klassenkampftheorien und für die Arbeit im System. Tarifautonomie und Selbstverwaltung sind eindrucksvolle Konsequenzen dieser alten Weichenstellung.

Doch wie so oft in der Geschichte entwickeln sich Erfolge bisweilen als Klotz am Bein zu weiteren Erfolgen. Das ist eine Art Rache der Dialektik. Erfolge können zu einer Art von Scheuklappen werden, die bekanntlich das Blickfeld verengen.

## **Zwitterwesen**

Die Gewerkschaften sind von ihrem Herkommen und ihrer Natur nach pragmatische Zwitterwesen. Nur statische Gesellschaften erzwingen die Wahl zwischen Festhalten oder Zerstören. Friedlicher Wandel ist dagegen immer eine Mischung zwischen Erhalten und Verändern. Evolution ist der Mittelweg zwischen Erstarrung und Anarchie. „Alles fließt“. Aber im Fluss das Ziel nicht aus den Augen verlieren, ist ein großes Kunststück, das nicht am Ufer des Flusses ausgeführt werden kann.

## **Veränderungserfolg in der Veränderung**

Wandel ist das Lebenselixier der Gewerkschaften. Wer jedoch Veränderungen bewirken will, muss selber veränderungsfähig sein, wenn er der Gefahr entgehen will, dass seine alten Parolen hinter der neuen Wirklichkeit herhinken. Man kann nicht von anderen Veränderung fordern und selber erstarren. Organisationsformen ersetzen nicht Bewusstseinsreformen.

Andere mächtige Großorganisationen haben am eigenen Leib erfahren müssen, wohin man mit einer Verspätung gerät. Wenn die Abfahrtszeit verpasst wird, fährt der Zug ohne diejenigen, die die Abfahrt verpasst haben. Selbst die anpassungsfähige Kirche geriet zeitweise in Gefahr, aus der Zeit zu fallen. Mit mühsamen Anstrengungen musste sie sich auf Aufholjagd begeben. Die Richtung der Entwicklung bestimmt eben nicht der Nachzügler. Die Gesellschaft hat sich verändert - schneller als dies bisher bekannt und in amtlichen Fahrplänen angekündigt war.

## **Arbeitnehmergesellschaft**

Aus den Überlebenskämpfen des Proletariats entwickelte sich die Arbeitnehmergesellschaft. Doch die ist nicht mehr so homogen, wie es die kleine Gruppe des Proletariats einst war. Die Klassenlage differenzierte sich in unterschiedlichen Milieus. Das einfache Nehmen und Geben funktioniert nicht mehr so erfolgreich, wenn der Absender der Forderung gleichzeitig teilweise auch der Adressat ist. Sobald beispielsweise die Arbeitnehmer sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite des Sozialstaates dominieren, wird der Zugewinn zu guter Letzt selbst bezahlt. Zahl und Traglasten klaffen auseinander.

Wenn beispielsweise alle 100 Euro erhalten, ist der Umverteilungseffekt so groß, als hätten alle Null Euro erhalten. Irgendwo ist der Break-Point erreicht, und die ganze Umverteilung ähnelt dem Null-Summen-Spiel. Ein reines Mehr an Lohn und Sozialleistung ist so kopflos wie ein einfaches Weniger.

## **Rentenpolitik**

Kopflos wird allerdings gegenwärtig die sozialpolitische Auseinandersetzung geführt. Den Arbeitgebern fällt vorerst nicht mehr ein als ein Weniger an Sozialleistungen, und die Gewerkschaften bestehen auf dem Mehr. Jeder kleine Schritt von der Solidarversicherung weg zur Privatisierung der sozialen Risiken wird von den Arbeitgeberverbänden als ein Durchbruch gefeiert. Wer allerdings die Privatversicherung bezahlt, wird ganz vergessen.

Die Riesterische Reform bietet dafür einen Anschauungsunterricht. Statt des für das Jahr 2030 errechneten Beitragssatzes von 24 Prozent aufgrund der alten, allerdings mit einer demographischen Komponente ausgestatteten Rentenformel wird für die Riester-Rente für 2030 ein Beitragssatz von 22 Prozent prognostiziert. Das sind 2 Prozent weniger. Hurra! Bei Licht betrachtet sieht die Rechnung allerdings anders aus. Halbiert bedeutet die Riester-Rente für Arbeitgeber und Arbeitnehmer 2030 je einen Beitrag von 11 Prozent. Das ist 1 Prozent weniger als in der alten Rentenformel. Zu der Riester-Rente kommt allerdings ein Privatversicherungsbeitrag der Arbeitnehmer von 4 Prozent hinzu. 11 Prozent plus 4 Prozent machen 15 Prozent aus. Nach Adam Riese ist das eine dreiprozentig höhere Arbeitnehmerbelastung als nach der alten Rentenformel. Wer annimmt, dies bleibe bei Tarifverhandlungen unberücksichtigt, lebt auf dem tarifpolitischen Mond.

In die Sackgasse gerät also jeder, der lediglich in den Kategorien von Mehr oder Weniger denkt. Die Fragen der Gerechtigkeit zwischen Jung und Alt, Arbeitnehmern und Arbeitslosen liegen quer zu den Fragen des Mehr oder Weniger. Die Höhe der Sozialleistungsquote sagt z.B. auch nichts aus über den qualitativen Stand des Sozialstaates. Bei steigender Arbeitslosigkeit erhöht sich die Soziallastquote. In quantitativen Kategorien wäre das also ein Ausbau des Sozialstaates. Aber steigende Arbeitslosigkeit wird man wohl kaum als Ausbau des Sozialstaates ausgeben können.

### **Verkehrte Solidarität**

In der Riester-Rente sinkt der Rentenanspruch aufgrund des freiwilligen privaten Versicherungsbeitrages, der ab sofort in die Berechnung der allgemeinen Nettolohnquote eingeht. Es sinkt also der Rentenanspruch derjenigen, die trotz Förderung gar keinen Beitrag zur Privatversicherung aufbringen können. Die Pointe ist: Die Rente der Verkäuferin sinkt, weil ihr Verkaufschef einen privaten Versicherungsvertrag abschließt. Ich habe schon im Grundkurs der IG Metall gelernt, dass das Grundgesetz der Solidarität lautet: „Der Starke hilft dem Schwachen“. Die Riester-Rente stellt diesen Grundsatz auf den Kopf. Die Schwachen zahlen eine Rechnung für Leistungen, die die Starken erhalten. Das ist eine Premiere im Solidaritätsverständnis.

Doch zu dieser strategischen Weichenstellung war von den Gewerkschaften wenig zu hören. Sie waren an der Mehr- oder Weniger-Rentenniveau-Front eingegraben. Ganz wie ihre Kontrahenten die Arbeitgeber - zugegeben mit umgekehrten Vorzeichen.

### **Lohnpolitik**

Eine Lohnpolitik, die sich lediglich auf den konsumtiven Anteil des Sozialprodukts bezieht, bleibt immer zweiter Sieger, denn dann beschränkt sich der gewerkschaftliche Verteilungskampf auf den Konsumanteil des Sozialprodukts. Das Mehr an Konsumlohn nützt wenig, wenn die Inflation zurückholt, was die Lohnpolitik zu viel herausgeholt hat. Denn unterbliebene Investitionen gefährden Arbeitsplätze. Die Wahl zwischen Inflation und Investition wäre jedoch eine gewerkschaftliche Entscheidung für Kaufkraftverlust oder Entlassung. Erst indem die Gewerkschaften ihre ideologische Voreingenommenheit gegen Eigentum in Arbeitnehmerhand abbauen, eröffnen sie einen neuen realen Verteilungsspielraum, der dem reinen Konsumlohn gar nicht zur Verfügung steht. Eine Kombination zwischen stan-

dardisiertem Konsumlohn, der im Voraus vereinbart wird, und einer nachträglichen Investitionsbeteiligung könnte aus der Sackgasse herausführen und verteilungspolitische Hemmnisse auf beiden Seiten abbauen.

### **Gerechtigkeit**

In der Schlacht zwischen Mehr oder Weniger gerät die Gerechtigkeit zwischen die Stühle und außer Acht. Es findet unter der Decke der sozialpolitischen Diskussion eine fundamentale Auseinandersetzung um den Sozialstaat statt. „Der Sozialstaat soll sich endgültig auf die Bedürftigen konzentrieren“ ist eine Empfehlung, die auf allen Seiten Beifall findet. Die Sozialversicherung ist jedoch keine Fürsorgeveranstaltung. Ihr Grundgesetz ist „Leistung für Gegenleistung“, zu dem allerdings in der Sozialversicherung Momente des sozialen Ausgleichs hinzukommen. Mit dem eigenen Beitrag erhält der Versicherte einen dem Eigentum ähnlichen Rechtsanspruch, mit dem der Gesetzgeber nicht machen kann, was er will. Eine Rente beispielsweise, die in der Regel geringer wäre als die eingezahlten Beiträge, wäre ein enteignungsähnlicher Vorgang und verstieße zudem gegen das Gleichheitsgebot, weil er ein Sonderopfer der Pflichtversicherten beinhalten würde, weil alle unbeteiligt sind, die nicht Mitglied in der Rentenversicherung sind.

Eine steuerfinanzierte Sozialleistung ist eine Zuwendung aus der fürsorglichen Hand des Staates und steht in der Tradition des wohl wollenden Obrigkeitsstaates. Mit der eigenen Beitragsleistung emanzipierte sich die Arbeitnehmerschaft aus der Abhängigkeit des Fürsorgestaates. Eine Versicherung stellt nur die Frage nach der Vorleistung durch Beiträge. Bedürftigkeit ist nicht ihr Geschäft. Dafür hat der Sozialstaat die Sozialhilfe als letztes Netz eingerichtet. Beitragsfinanzierung und Steuerfinanzierung folgen unterschiedlichen Prinzipien: auf der einen Seite der Gerechtigkeit, auf der anderen Seite der Barmherzigkeit. Gerechtigkeit und Barmherzigkeit sind zwar zwei Seiten der gleichen Medaille Sozialstaat, dürfen aber nicht miteinander verwechselt werden. „Versuche nicht, ein soziales Problem durch Barmherzigkeit zu lösen, wenn Gerechtigkeit gefordert ist“!

### **Die kleinen Tricks**

Der Vorschlag, die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber in der Krankenversicherung einzufrieren, ist ein plumper Trick. Der Arbeitgeberbeitrag ist kein Beitrag aus der Privatschatulle der Arbeitgeber, sondern Bestandteil der Betriebskosten. Er könnte also auf den Arbeitnehmerbeitrag aufgeschlagen werden, und das Ganze könnte „Arbeitnehmerbeitrag“ genannt werden. Real hätte sich dann nichts geändert. Zu verstehen ist der Arbeitgeberbeitrag aus der partnerschaftlichen Verantwortung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern für den Sozialstaat. Die Aufteilung hat einen hohen Symbolwert.

Das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags hat allerdings zwei weiterreichende Zwecke zum Ziel. Der erste ist, die Arbeitgeber bleiben in der Selbstverwaltung, der zweite ist, sie verabschieden sich aus der Kostenverantwortung. Beitragssteigerungen zahlen nur noch die Arbeitnehmer. Das hat für die Arbeitgeber den Vorteil, dass sie sich nicht mehr mit Mitgliedern der Arbeitgeberverbände herumschlagen müssen, die auf der kostentreibenden Anbieterbank sitzen, wie beispielsweise die Arzneimittelhersteller. So etwas nenne ich Rosinenpickerei: dabei sein, ohne für Konsequenzen von Entscheidungen eintreten zu müssen.

### **Parteilpolitische Schlagseite**

Am stärksten stört mich die parteipolitische Schlagseite des DGB. Selbst ein Blinder mit dem Krückstock bemerkt, dass die gegenwärtigen Proteste der Gewerkschaften zwar pflichtschuldigst vorgetragen werden, aber im Ernstfall - wenn Rot-Grün wieder zur Wahl steht - der DGB neuerlich auf ihrer Seite steht, notfalls wie bisher mit millionenschweren Wahlkampfspenden.

Die Gewerkschaften müssen sich gegen alle Parteien wehren, wenn es dazu Grund gibt. Und es gibt leider auch Grund, sich gegen CDU-Vorschläge zu wehren. Doch jedes CDU-Mitglied weiß, die CDU kann machen, was sie will, am Wahltag der Wahl steht der DGB wie gewohnt auf der SPD-Seite. Das nimmt dem DGB die Wirkung auf die CDU. Parteipolitische Abhängigkeit minimiert den Einfluss der Gewerkschaften. Dafür nun ein paar Beispiele.

### **Lohnfortzahlung – Krankengeld**

Die Regierung Kohl hat die Lohnfortzahlung um 20 Prozent gesetzlich reduziert, ohne dabei die geltenden Tarifverträge außer Kraft zu setzen. Die Absenkung konnte durch die Einsetzung eines Urlaubstages pro Krankheitswoche kompensiert werden. Das Gesetz wurde lautstark als „Anschlag auf den Sozialstaat“ attackiert, und es wurde kraftvoll dagegen demonstriert. Der jetzige Vorschlag in der Regierungsdiskussion, das Krankengeld aus der solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung herauszunehmen, trifft dagegen nur - jedenfalls bis jetzt - auf kleinlauten Widerstand. Der Krankengeldbezieher ist jedoch ein Langzeitkranker, der elementar auf solidarischen Schutz angewiesen ist, denn das Krankengeld kommt erst nach der sechswöchigen Lohnfortzahlung zum Zuge. Jedenfalls ist der Langzeitkranke mehr auf das Krankengeld angewiesen als beispielsweise der „Montags-Blaumacher“, auf dessen Lohnfortzahlung die Gewerkschaften bestehen. Der DGB misst mit zweierlei Maß, wobei meiner Meinung nach die Absenkung der Lohnfortzahlung sozialpolitisch eher zu vertreten ist als die Veränderung des Krankengeldes.

### **§ 116 AfG (Arbeitsförderungsgesetz)**

Wie einseitig gewerkschaftliche Agitation sein kann, hat die Diskussion um den bekannten Paragraph 116 AfG bewiesen. Bei seiner Einführung inszenierten die Gewerkschaften eine Kampagne, unter deren Lügen sich die Balken bogen. „Es kann nicht mehr gestreikt werden“, wurde behauptet. Nachweislich der eindrucksvollen Streiks, die es nach Verabschiedung dieses Paragraphen gab, war dies eine klassische Lüge, denn der Paragraph 116 AfG regelte nur die Zahlungsverpflichtungen bei Streikfolgen im gleichen Tarifbereich, wenn es um einen Streik ging, in dem stellvertretend für andere mitgestreikt wurde. Eine Arbeitsteilung nach dem Motto: „Die Gewerkschaften bezahlen die Streikenden und die Bundesanstalt für Arbeit den Rest derjenigen, die von Streikfolgen betroffen werden“, hält keine Gesellschaft der Welt aus. Denn das wäre eine Arbeitsteilung, die dem Streik seine moralische Reputation nähme, worauf schon damals Oswald von Nell-Breuning aufmerksam gemacht hat. So weit - so schlecht.

Die SPD versprach lauthals, mit der Regierungsübernahme würde dieser Paragraf 116 AfG revidiert. Im Jahre 6 der Regierung Schröder besteht dieser Paragraf jedoch unverändert, und kein Gewerkschaftshahn kräht danach.

### **Die Chancen der Gewerkschaften**

Die Gewerkschaften haben neue große Chancen. Ihr Mandat in einer Gesellschaft, die von Arbeitnehmern dominiert wird, ist nicht reine Klientelpolitik. Verteilungskämpfe spielen sich auch zwischen den Arbeitnehmern ab. Das setzt die Fähigkeit zur Differenzierung voraus. Gerechtigkeit ist differenziert. Das unterscheidet sie von der Gleichheit. Der intellektuelle Aufwand für Gerechtigkeit ist allerdings größer als für Gleichheit, was sich schon darin zeigt, dass Gerechtigkeit nicht mit dem einfachen „Entweder-oder“ auskommt, sondern häufig das „Teils-Teils“ und das „Sowohl-als auch“ in ihrer Argumentation verwenden muss.

Die Gefahr der Atomisierung der Gesellschaft wird stärker. Die Ich-AG ist nicht nur eine blendende Gallionsfigur der neuen Arbeitsförderung. Der Mensch, der nur noch unter Kapitalkategorien zum Vorschein kommt, ist die Leitfigur einer verwirtschafteten Gesellschaft, in der jeder ständig Kosten-Nutzen-Rechnungen für seine Lebensführung aufstellen muss. Das wäre eine Ellenbogen-Gesellschaft mit neuen Einsamkeiten.

Eine neue Balance zwischen Selbst- und Mitverantwortung ist gefordert. Es dämmert langsam allorts, dass der flexible mobile Tagelöhner nicht der Prototyp der Zukunft sein kann. Eine Globalisierung, welche die Arbeitnehmer auf die permanente Reise nach Arbeitsplätzen schickt wie die Finanzströme auf die Datenautobahn, wäre mit dem Verlust von Solidarität, Heimat, Nachbarschaft und Familie verbunden. Die Menschen sind dafür - Gott sei Dank - nicht geeignet. Deshalb wird eine solche Gesellschaft auch wirtschaftlich scheitern.

### **Ruck oder Besinnung**

Es herrscht eine allgemeine Ratlosigkeit. Die „Ruck-Appelle“, die allseits wohlfeil angeboten werden, offenbaren eher eine Verlegenheit, die anstelle konkreter Vorstellungen von der Zukunft lediglich Verbalrülpsen setzt. Es muss etwas geschehen. Ruck! Was, interessiert weniger. Es fällt im Übrigen auf, dass die Ruck-Appelle meist dem Gebet des Heiligen Florian ähneln: „Heiliger Florian, schütz unser Haus, steck das des Nachbarn an.“

Wenn Turbulenzen um sich greifen, hilft das alte Rezept „Ruhe zur Besinnung“. Es geht bei allem Neuen auch um ganz alte Sachen, auf die wir uns zurückbesinnen müssen: Gerechtigkeit. Sie schließt Freiheit und Solidarität ein. Die christliche Soziallehre ist auch ein Reservoir, aus dem Rückbesinnung gespeist werden kann. Nicht alles, was alt ist, ist deshalb unbrauchbar, nur weil es alt ist. Und nicht alles Neue ist deshalb schon gut, weil es neu ist. Bewahren kann unter diesen Umständen progressiv sein und Verteidigen der beste Angriff.

Was empfahl mir die IG Metall Verwaltungsstelle Dortmund für meine Kritik am Zustand der Gewerkschaften: „Mitarbeit in der Seniorengruppe der Verwaltungsstelle“. So ist das. Funktionärsarroganz heftet Einsprüche mit Hilfe von Organisationsstatuten ab. Amen!